

Baustelle Bundespolitik: Die Städte bauen mit

Dr. Urs Geissmann, Direktor des Schweizerischen Städteverbandes

Im politischen Zentrum der Schweiz wird seit Jahren emsig gebaut, erneuert und umgestaltet. Der gelungene Umbau des Bundesplatzes, der Bau des Medienzentrums sowie die Sanierung des Bundeshauses dokumentieren die Anpassung historischer Bausubstanz an die Erfordernisse der Gegenwart. Auch die Kantone symbolisieren mit dem Bezug des «Haus der Kantone» wirkungsvoll ihre Präsenz. Die Infrastruktur des Städte- und Gemeindeverbands nimmt sich dagegen nach wie vor bescheiden aus. Umso entschiedener werden sie sich auf ihr Kerngeschäft, die Wahrung ihrer Interessen bei Regierung, Parlament und Verwaltung, konzentrieren müssen. Wie wichtig dieses Engagement ist, zeigt ein Blick auf die grossflächigen bundespolitischen Baustellen.

Gestützt auf den Städte- und Gemeindeartikel in der Bundesverfassung, hat der Bund eine wirkungsvolle Agglomerationspolitik eingeleitet. Dafür fehlt aber immer noch das gesetzliche Fundament. Es ist erfreulich, dass der Nationalrat eine Motion seiner Kommission für Wirtschaft und Abgaben einstimmig gutgeheissen hat, welche dieses Anliegen verwirklichen will. Es bleibt zu hoffen, dass sich nun der Ständerat ebenso fortschrittlich zeigt wie der Nationalrat.

Eine wichtige Vorlage für das Städtetz und die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes stellt die Gesamtschau der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs (FinöV) dar.



Bild: Christina Grab

Es geht nicht an, wegen der ständig steigenden Kosten für die NEAT beim Bahnnetz zwischen den Städten zu sparen. Über die Minimalvorlage für die zukünftige Entwicklung des Städtetetzes (ZEB) hinaus müssen auch die Erweiterungsbauten (Tunnels und drittes Geleise Lausanne-Genf) beschlossen werden. Die Verkehrskommission des Ständerates nimmt eine erste wichtige Weichenstellung vor.

Bei der Kulturförderung schliesslich fällt der Entscheid, ob die Räte eine Schmalspurvorlage oder ein Gesetz wollen, das Kantone, Städte und Gemeinden einbezieht und herausragende kulturelle Anlässe kleiner und grosser Städte wirkungsvoll unterstützt. Den Vorentscheid fällt die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) des Nationalrates.

Eine wesentliche Baustelle stellen nach wie vor die Sozialversicherungen dar. Sanierungs- und Umgestaltungsmassnahmen, die in Vorbereitung sind, dür-

fen dabei nicht dazu führen, dass weitere Lasten auf die kommunale Fürsorge abgeschoben werden. Zusammen mit seiner Städteinitiative Sozialpolitik wird der Verband weitere politische Schritte einleiten.

Schliesslich stellt sich auch die Frage, ob gegen die Jugendgewalt neue Instrumente nötig sind. Nach Abschluss der Arbeiten einer Expertenkommission des Bundes wird beurteilt werden können, ob es zusätzliche Gesetzesgrundlagen braucht.

In all diesen Bauwerken finden die Interessen der Städte nur Platz, wenn die Kernstädte und die angrenzenden Agglomerationsgemeinden ihre gemeinsamen Probleme lösen und mit einer Stimme sprechen. Wie die urbane Schweiz ihre Rolle in der Bundespolitik künftig spielen will, das diskutiert und legt sie am Städtetag vom 28./29. August in Lugano fest.



Zukunft der Städte liegt in der Vernetzung



Interview mit Daniel Brélaz, Stadtpräsident von Lausanne und Vorstandsmitglied des Schweizerischen Städteverbandes.

Die Stadt: Sie sind einer der wenigen Vertreter der grossen Schweizer Städte im Nationalrat. Wo legen Sie Ihre Prioritäten betreffend Städtepolitik?

Brélaz: Zusammen mit Hans Stöckli, dem Stadtpräsidenten von Biel, sowie anderen Städtevertretern wie meinem Lausanner Stadtratskollegen Olivier Francois, werde ich mich dafür einsetzen, dass es in wichtigen Dossiers vorwärts geht, so beispielsweise bei der Frage der Verteilung der Lasten, was auch die Kantone stark betrifft, oder auch bei Energie- und Verkehrsfragen. Ich sitze deshalb in der nationalrätlichen Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen

Wo liegen die Schwerpunkte im Verkehrsbereich?

Die Zukunft der Städte liegt in guten Verbindungen und einer guten Vernetzung. Seit einiger Zeit ist ein Trendwechsel feststellbar: Und zwar kehren vermehrt Menschen, die in die Agglomerationen gezogen sind, wieder in die Städte zurück. Oder andere wünschen sich, vom Auto vermehrt auf die öffentlichen Verkehrsmittel umsteigen zu können. Die Probleme mit den Bodenpreisen, den Energiepreisen, den grossen Staus, bringen viele dazu, wieder in die Zentren zurückzukehren. Um dieser neuen Entwicklung Rechnung zu tragen, braucht es beispielsweise noch mehr als den vom Bundesrat angekündigten Ausbau von Bahnprojekten für 5,2 Milliarden Franken im Rahmen der Zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB). Es braucht Mittel für zusätzliche Investitionen in der Höhe von rund drei Milliarden Franken. Es braucht auch Bewegung in anderen Bereichen, wie beispielsweise beim Ausbau des Regionalverkehrs oder von Park-and-ride-Anlagen. Kurz gesagt, es braucht noch effizientere öffentliche Verkehrsmittel.

Wie soll der Städteverband mit den teilweise sehr unterschiedlichen Interessen seiner Mitglieder umgehen?

Ich unterstütze die Bildung von Interessengruppen von Städten, die von derselben Problematik betroffen sind. Fragen wie Sicherheit und der Lastenausgleich stellen sich nicht allen Städten mit derselben Dringlichkeit. Und zwar auch dann nicht, wenn Probleme grosser Städte oftmals auch auf die kleinen Städte zurückfallen. Aber Achtung: Ich spreche von einer gemeinsamen Reflexion und Analyse. Es geht nicht darum, anderen die Sicht der Dinge aufzuzwingen. Es geht darum, der Wahrheit ins Auge zu schauen, denn im Zentrum der Diskussionen steht künftig nicht mehr die Stadt, sondern die Agglomeration. In der Analyse darf es keine Tabus geben. Mit einer Reflexion ohne Tabus weiss man, woran man ist. Letztendlich ist alles eine Frage der politischen Kultur.

Aber ich bin mir bewusst, dass die grossen Städte mit ihrem wirtschaftlichen Gewicht für deren Nachbarn manchmal eine Bedrohung darstellen.

Brélaz zur Rolle der Städte bei den erneuerbaren Energien

«Heutzutage können Gebäude mit zehn bis 15 Mal weniger Energie gebaut werden als früher. Zudem wäre es möglich, so Strom zu sparen, dass es die Kernkraftwerke von Beznau und Mühleberg nicht mehr braucht. Die Städte könnten grundsätzlich bei den Sparbemühungen und den neuen Technologien eine Vorreiterrolle übernehmen. Allerdings ist eine nur auf erneuerbare Energieträger basierende Energieversorgung nicht vor 30 bis 50 Jahren realisierbar. Und wenn heute nichts getan wird, hat die Schweiz bereits um 20 Versorgungsprobleme.»



Interview

Bund/Kantone

Diese müssen sich darüber im Klaren sein, dass sie sich vom Husten einer Stadt eine Erkältung holen können. Allerdings möchte ich nochmals betonen, dass auf Bundesebene die Mehrheit der Probleme alle Städte betrifft. Die Grundsatzentscheide für die Bildung von Interessengruppierungen müssen demnächst gefällt werden.

Ist die nationale Solidarität gefährdet?

Mit der nationalen Solidarität ist es so eine Sache. Sie wurde meiner Meinung nach bisher immer unter dem Blickwinkel einer glücklichen Schweiz betrachtet, wo eine Kuh in der Bergregion gemolken wird. Ich habe übrigens grössten Respekt dafür. Im Artikel 50 der Bundesverfassung heisst es, dass «der Bund Rücksicht auf die besondere Situation der Städte, der Agglomerationen und der Bergregionen» nimmt. Allerdings ist die Umsetzung dieses Artikels schwierig. Es muss nicht nur etwas für Bergregionen gemacht werden, sondern auch für die Städte, denn diese sind der wirtschaftliche Motor der Schweiz.

Vernehmlassungen

Nationales Programm Ernährung und Bewegung 2008 – 2012

Der SSV begrüsst die allgemeine Stossrichtung des Programms, ist doch der Handlungsbedarf - Übergewicht und Bewegungsmangel in breiten Kreisen der Bevölkerung - mehr als ausgewiesen.

Der Erfolg des Programms hängt zwingend von der Zusammenarbeit aller drei staatlichen Ebenen ab. Damit die Ressourcen nicht verzettelt werden, ist aus Sicht des Verbandes aber auch eine Priorisierung der sehr breit gefassten Programmziele unabdingbar. Wir schlagen u.a. eine Konzentration auf besonders betroffene Bevölkerungsgruppen sowie Präventionsmassnahmen im frühen Kindes- und Schulalter vor.

Nationales Programm Alkohol 2008 – 2012

Der Verband unterstützt das Programm ausdrücklich, insbesondere die umfassenden Leitgedanken und Oberziele und das ausgewogene Massnahmenpaket, welches Repression, Prävention und unterstützende Massnahmen enthält. Bezüglich der Massnahmen müssen jedoch unbedingt Prioritäten und zeitliche Fristen für deren Umsetzung festgelegt werden. Die koordinierte Aufgabenverteilung zwischen Bund, Kantonen, Städten, Gemeinden und Fachstellen ist unerlässlich. Das fundierte Wissen und die jahrelangen Erfahrungen der städtischen Fachexperten und -expertinnen im Bereich der legalen und illegalen Drogen müssen unbedingt direkt miteinbezogen werden.

Hochschulförderung und -koordination

Der Vernehmlassungsentwurf zum Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich ist in seiner Ausgestaltung ambitiös und stellt hohe Anforderungen an die in der praktischen Umsetzung beteiligten Partner. Der SSV hofft, dass sich die gemeinsame Koordination des gesamten Hochschulbereiches durch Bund und Kantone in ihrer Umsetzung zu einem wirkungsvollen, zielgerichteten Instrument zugunsten eines innovativen, qualitativ hochstehenden und wettbewerbsfähigen Wissenschafts- und Forschungsstandortes Schweiz entwickelt.

Hochschulen sind für die Städte immer auch gewichtige Faktoren für die wirtschaftliche Prosperität und damit wichtige Wirtschaftsfaktoren. Bei strategischen Weichenstellungen in der Hochschulpolitik ist daher der frühzeitige und geeignete Einbezug der Standortstädte in die Verfahrensabläufe und Entscheidungsfindungen nicht nur wünschenswert, sondern erforderlich.

Interessierte Leserinnen und Leser finden die vollständigen Stellungnahmen des SSV unter www.staedteverband.ch



Bund/Kantone

Parlamentarische Initiative «Massnahmen gegen Littering»

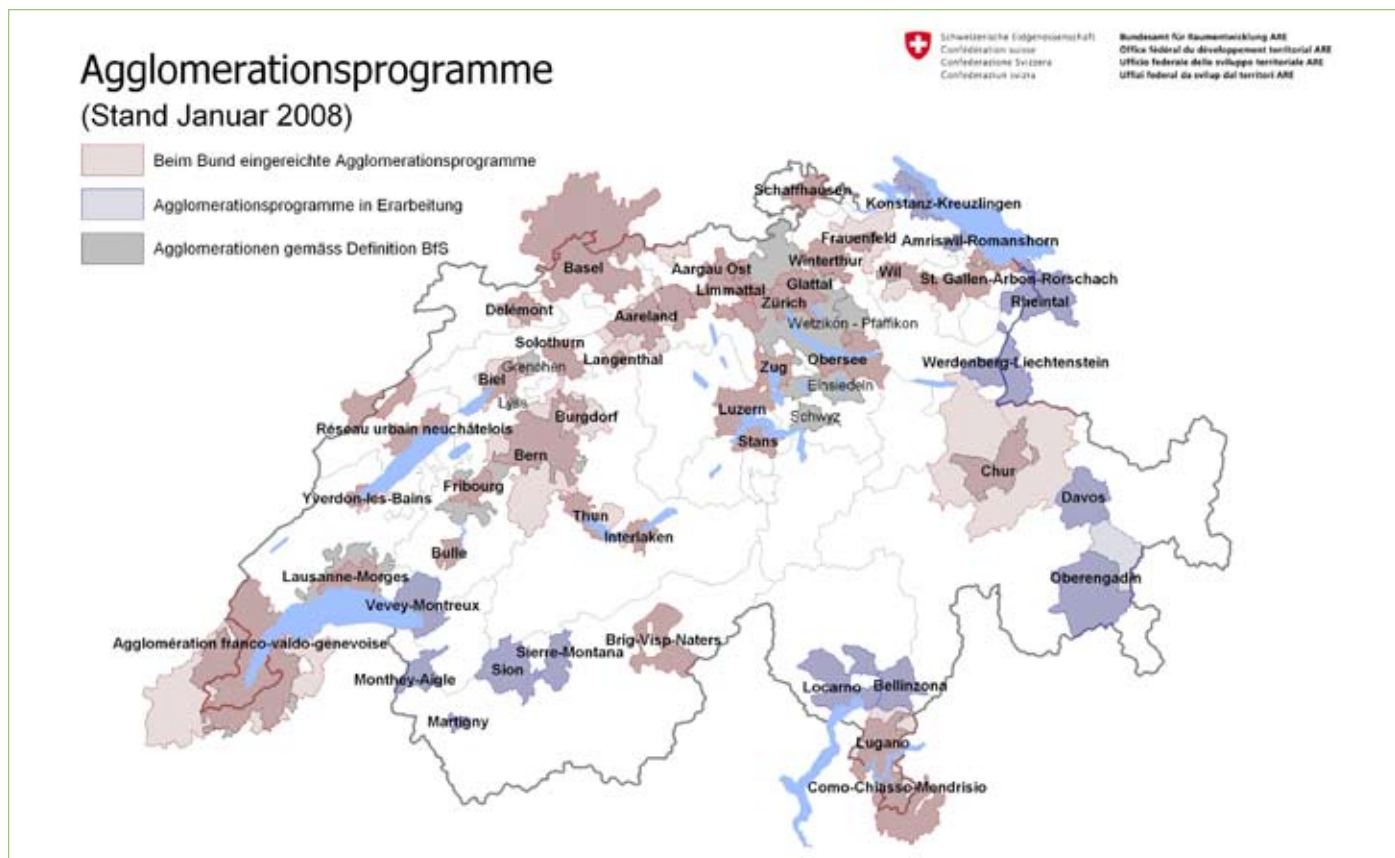
Der Städteverband hat der vorbereitenden Kommission des Nationalrats (UREK-N) seine Haltung zur Parlamentarischen Initiative von Nationalrat Rudolf Rechsteiner «Massnahmen gegen Littering» mitgeteilt: Ein generelles Pfand auf alle festen Getränkeverpackungen ist zur Lösung des Litteringproblems wenig

geeignet und gefährdet auch gut etablierte Gemeindefestmahlungen für Altglas, Weissblech und Aluminium. Hingegen ist die Forderung nach einer Pfandpflicht auf Getränkebehältnissen an ortsfesten Veranstaltungen und eine finanzielle Beteiligung der Anbieter von Take-Away-Verpflegung und Gratiszeitungen an den durch Littering verursachten Reinigungskosten der Städte zu begrüssen. Die Kommission hat die Vorlage undifferen-

ziert mit 16 zu 8 Stimmen zur Ablehnung empfohlen.

[Mehr Informationen](#)

Städte



30 Agglomerationsprogramme eingereicht

Die Mehrzahl der Agglomerationen hat beim Bundesamt für Raumentwicklung ihre Finanzierungswünsche für den Aus-

bau der Infrastrukturen des Verkehrs eingereicht. Allerdings ist bereits jetzt klar, dass nicht alle Wünsche erfüllt werden können.

Ein Grossteil der Agglomerationen hat in den letzten Jahren in so genannten Agglomerationsprogrammen ihre Prioritäten für die künftige Verkehrs- und Sied-

lungsentwicklung festgelegt. Bis Ende 2007 gingen beim ARE 30 solcher Programme ein. Diese umfassen 37 der 55 definierten Schweizer Agglomerationen, wo 90 Prozent der Agglomerationsbevölkerung leben. Zudem sind 13 weitere Programme angekündigt. Das UVEK prüft die eingereichten



Städte

Programme bis im Herbst 2008. Anschliessend wird der Bundesrat bis spätestens Ende 2009 eine Botschaft vorlegen und danach das Parlament über die Freigabe der im Infrastrukturfonds reservierten Bundesbeiträge für die erste Periode 2011 bis 2014 beschliessen. Die Finanzierung beginnt voraussichtlich Anfang 2011.

Allerdings steht bereits jetzt fest, dass nicht alle eingereichten Finanzierungswünsche erfüllt werden können. Alleine die prioritären Infrastrukturvorhaben für die ersten zwei Phasen 2011 - 2018

belaufen sich auf rund 17 Milliarden Franken. Die Bundesbeteiligung kann maximal die Hälfte der zu erwartenden Kosten der Infrastrukturvorhaben betragen. Aus dem Infrastrukturfonds stehen nur 3,5 Milliarden Franken zur Verfügung. Davon dient eine Milliarde Franken als Reserve für noch in Erarbeitung stehende Agglomerationsprogramme und später zu realisierende Vorhaben.

Winterthur wird grösser, aber Luzern holt auf

Spätestens Mitte 2008 werden 100'000 Personen in Winterthur leben. Die Stadt bleibt die sechstgrösste der Schweiz - vorläufig. Denn Bern mit über und Lausanne mit gegen 120'000 Einwohnerinnen und Einwohnern bleiben als Nummern vier und fünf in weiter Ferne. Im Gegenteil riskiert Winterthur sogar, den Rang sechs zu verlieren, wenn die Stadt Luzern noch mit mehr Gemeinden fusioniert. So könnte Luzern es nämlich auf 150'000 Bewohner bringen und somit auf Rang vier der nationalen Rangliste.

Verband



Bild: Christina Grab

Alkoholverkauf an Bahnhöfen

Die erweiterten Ladenöffnungszeiten an Bahnhöfen «für Bahnreisende» führen insbesondere beim Alkoholverkauf und Konsum durch ganze Gruppen zu Problemen. Auf Initiative einer Mitgliedstadt führt der Städteverband gegenwärtig eine Umfrage durch. Diese wird es dem Verband erlauben, bei den Bundesbahnen und wenn nötig in den eidgenössi-

schen Räten die Thematik zur Sprache zu bringen. Nach dem Start dieser Umfrage haben die SBB bekannt gegeben, dass ab 1. April 2008 nach 22.00 Uhr in den Bahnhöfen kein Alkohol mehr verkauft werden soll. Wir werden in einer der nächsten Ausgaben über die weitere Entwicklung informieren.

[Zur Medienmitteilung](#)





Road Pricing in Schweden

Versuche mit Road-Pricing

Der Bundesrat hat beschlossen, in Städten und Agglomerationen versuchsweise die Einführung des Road-Pricings (Strassenbenützungsabgaben) zu ermöglichen. Die Bundesverwaltung wird ein zeitlich befristetes Bundesgesetz ausarbeiten, das nach einem Vernehmlassungsverfahren den eidgenössischen Räten unterbreitet werden soll. Grundlage für diese Arbeiten bildet das soeben abgeschlossene Forschungspaket «Mobility Pricing». Verschiedene Städte haben Interesse an derartigen Versuchen bekundet.

Schweizerische Konferenz der Stadt- und Gemeindeschreiber SKSG: Neue Informationsbulletins

Die bisher in der Zeitschrift „die stadt“ publizierten Bulletins der Schweizerischen Konferenz der Stadt- und Gemeindeschreiber SKSG werden seit Anfang 2008 wie folgt veröffentlicht: www.stadtschreiber.ch / Bulletin sowie in der Zeitschrift „Schweizer Gemeinde“, Organ

des Schweizerischen Gemeindeverbandes.

Das SKSG-Bulletin Nr. 81 beginnt mit einem Editorial von Stadtschreiber Franz Schnider, Biel, mit seinen Gedanken zum Thema «Ich sitze, also bin ich.» Unter dem Titel «Acht Gemeinden als Verein» wird die doch eher unkonventionelle Form der interkommunalen Zusammenarbeit in der aufstrebenden Zürcher Region «glow. das Glattal» beschrieben.

Im Editorial des soeben erschienenen Bulletins Nr. 82 hält Stadtschreiber Markus Frauenfelder, Chur, seine Überlegungen zur «Verwaltung im Wandel» fest. Im Fachartikel «Projekt Registerharmonisierung hat wesentliche Hürden genommen» orientiert Markus Schwyn, Sektionschef Bevölkerung und Volkszählung im Bundesamt für Statistik BFS über den aktuellen Stand dieses bedeutenden Vorhabens.

Städtetag vom 28./29. August 2008 in Lugano

Die Generalversammlung steht unter dem Thema «Agglomerationen – Fusion oder Zusammenarbeit?». Am 28. August wird Frau Bundesrätin Micheline Calmy-Rey zu den Delegierten sprechen. Direktor der Avenir Suisse, Thomas Held, wirft in seinem Referat die Frage auf «Braucht die Schweiz eine Gebietsreform?». Anschliessend erläutert der Stadtpräsident von Lugano, Giorgio Guidici, die erfolgreiche Fusion der Kernstadt Lugano mit den angrenzenden Gemeinden. Den Abschluss bildet ein Rundtischgespräch unter der Leitung von Beatrice Born, Radio DRS, zum Tagungsthema.

E-Government-Strategie

Unter dem Vorsitz von Bundesrat Hans-Rudolf Merz hat Ende November der Steuerungsausschuss E-Government folgenden Katalog mit priorisierten Vorhaben beschlossen:

1. Die Wirtschaft wickelt den Verkehr mit den Behörden elektronisch ab.
2. Die Behörden modernisieren ihre Geschäftsprozesse und verkehren untereinander elektronisch.
3. Die Bevölkerung korrespondiert bei wichtigen Geschäften elektronisch mit den Behörden.

Im Steuerungsausschuss ist der Schweizerische Städteverband durch Herrn Stadtpräsident Ernst Wohlwend, Winterthur, sowie den gemeinsamen Delegierten Städteverband/Gemeindeverband, Peter Bernasconi, Gemeindepräsident von Worb, vertreten.



Agenda

Schweizerischer Städteverband

20. Mai 2008

«Forum Nachhaltige Entwicklung» für
Behördenmitglieder in Bern

Thema: «Nachhaltige Raumentwicklung»

Weitere Auskünfte:

Anne DuPasquier

E-Mail: anne.dupasquier@are.admin.ch

Tel.: 031 325 06 25

28. / 29. August 2008

Städtetag - «Agglomerationen – Fusion
oder Zusammenarbeit?» in Lugano

Vertreterin Bundesrat:

Micheline Calmy-Rey

Weitere Auskünfte:

Christina Grab

E-Mail: info@staedteverband.ch

Tel.: 031 356 32 32

Kommunale Infrastruktur

16. - 18. April 2008

Betriebskostenrechnung und Mittel-
fristplanung im Entsorgungsbetrieb,
Teil 1

Zürich/Glattbrugg

21. Mai 2008

Tagung: «Abfalllogistik & Separat-
sammlung in der Gemeinde
Bern

28. - 30. Mai 2008

Betriebskostenrechnung und Mittel-
fristplanung im Entsorgungsbetrieb,
Teil 2

Zürich/Glattbrugg

5. Juni 2008

Mitgliederversammlung Kommunale
Infrastruktur

Olten

2. - 4. September 2008

Betriebskostenrechnung und Mittel-
fristplanung im Entsorgungsbetrieb,
Teil 1

Zürich/Glattbrugg

17. September 2008

Strassenmeister Tagung, Thema
«Winterdienst & Baustellensignalisa-
tion»

St. Gallen

23. - 25. September 2008

Betriebskostenrechnung und Mittel-
fristplanung im Entsorgungsbetrieb,
Teil 2

Zürich/Glattbrugg

13. November 2008

Workshop Führungsfragen
Nottwil

Weitere Auskünfte:

Laura Fellmann

E-Mail: info@kommunale-infrastruktur.ch

Tel.: 031 356 32 32

Städteinitiative Sozialpolitik

16. Mai 2008

Frühjahrskonferenz in Luzern
«Arbeitsintegration von erwerbsfähigen
Sozialhilfe Beziehenden»

gemeinsam mit dem Schweizerischen
Arbeitgeberverband

14. November 2008

Herbstkonferenz in Lausanne

Weitere Auskünfte:

Städteinitiative Sozialpolitik

E-Mail: info@staedteinitiative.ch

Tel.: 041 208 81 32

Konferenz Städtischer Polizeidirektoren- und direktorinnen

3. / 4. April 2008

Generalversammlung in Zug

4. September 2008

Sicherheitskongress, Thema «Häusliche
Gewalt» in Zürich

Weitere Auskünfte:

Christina Beurret

E-Mail: christina.beurret@zuerich.ch

Tel.: 044 411 70 14

Schweizerische Konferenz der Stadt- und Gemeindeschreiber

13. Juni 2008

Generalversammlung in Neuenburg

Weitere Auskünfte:

Urs Müller

E-Mail: urs.mueller@wallisellen.zh.ch

Tel.: 044 832 62 40

Impressum

Herausgeber:

Schweizerischer Städteverband
(SSV)

Dr. Urs Geissmann, Direktor
Florastrasse 13, 3000 Bern 6

Tel: 031 356 32 32

Fax 031 356 32 33

Internet: www.staedteverband.ch

E-Mail: info@staedteverband.ch

Der Newsletter des SSV erscheint in
der Regel monatlich